

15. Februar 2023

### **Mittelstand bezeichnet EU-Verbrennerverbot als „reine Schikane“**

*Stuttgart.* Das Verbot der EU ab 2035 Neufahrzeuge mit Verbrennungsmotor zuzulassen, stößt im deutschen Mittelstand auf heftige Kritik. Aufwand und Folgekosten stünden in keinem Verhältnis und die Maßnahme sei für die Umwelt sogar eher schädlich, so die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Baden-Württemberg.

Der MIT-Landesvorsitzende Bastian Atzger erklärt: „Mit diesem Schritt drückt die EU einen weiteren Schritt ihrer rein ideologischen Agenda gegen die die Verbrennungsmotoren durch. Ein erzwungener Umstieg auf E-Mobile verursacht nicht nur hohe Investitionskosten, sie verschiebt auch Abhängigkeit von der OPEC zu China.“

Wer diese Entscheidung der EU gut fände, so Atzger weiter, ignoriere wie umweltschädlich die seltenen Rohstoffe für die E-Mobilität gewonnen und transportiert werden würden sowie wie die ökologische und ökonomische Gesamtrechnung dieses Verbots aussehe. So sei nicht geklärt, was mit dem bestehenden Fahrzeugbestand geschehen soll.

„Wenn es das allgemeine Ziel ist, CO<sub>2</sub> einzusparen, dann wäre ein Wechsel auf E-Fuels mit Blick auf die Gesamtbilanz eine kluge Entscheidung. Aber im ökologischen Feldzug gegen das Auto scheint es keine vernünftige Faktenabwägung mehr zu geben, sondern nur noch Verbote.“, so Atzger

Viele Mittelständler, die gerade in Baden-Württemberg in hohem Maß Zulieferer zur Automobilindustrie ist, interpretieren das Verbot somit als politische Schikane. Mit diesem Schritt, so die MIT, ziehe man hochentwickelter deutscher Technologie den Boden unter den Füßen weg, was entsprechend negative Folgen für Betriebe und den Arbeitsmarkt nach sich ziehe. Auch ließe es die Bedürfnisse von Gewerbebetrieben und Familien außer Acht, die gerade im ländlichen Raum reichweitenstarke auf Autos mit Verbrennungsmotoren angewiesen sind.

„Diese Pseudo-Öko-Politik muss man sich leisten können,“ so Atzger, „in Zukunft könnte das Auto wieder nur das Transportmittel der Besserverdienenden sein, während alle anderen vom Staat verordnet mit dem Zug oder dem Lastenrad fahren sollen. Das ist nicht

## Baden-Württemberg

die Welt des baden-württembergischen Mittelstands und die kann auch keiner ernsthaft für unsere Zukunft wollen.“

Für Atzger ist somit klar, dass man diese Entscheidung bis 2030 und darüber hinaus bekämpfen muss: „Der Wähler hat bei der Europawahl die Chance, sich für Vernunft und Verhältnismäßigkeit zu entscheiden. Wer etwas für die Umwelt tun will, der handelt faktenbasiert, mit Technologieoffenheit und Weitsicht, aber nicht ideologisch. Das schont die Umwelt, die Nerven und sogar noch den eigenen Geldbeutel.“

**Pressekontakt:** Jürgen Scheurer | T +49 7254 951225 | M +49 151 12135075

**Weitere Informationen:** <https://www.mit-bw.de>

### Über die MIT Baden-Württemberg

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) ist mit mehr als 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Soziale Marktwirtschaft und für mehr Unternehmergeist in der Politik ein. Die MIT Baden-Württemberg vertritt rund 2.900 Unternehmer, Selbstständige und Gewerbetreibende im Land.